

Volkssolidarität LV Berlin

Zukunftschancen für die jüngere Generation:

Die SPD hat dafür gekämpft, Berlin wieder zur Stadt der Bildungschancen zu machen. Deshalb sind Berlins Kitas, Schulen und Hochschulen wieder beliebt und nachgefragt. Damit Bildung und sozialer Aufstieg nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, hat die SPD große Bildungsreformen durchgeführt. Durch die Abschaffung der Hauptschule und die Einführung der neuen Sekundarschule wird jeder Jugendliche optimal gefördert und kann ohne Schulwechsel alle Schulabschlüsse erreichen. Mit dem Modellprojekt zur Gemeinschaftsschule haben wir die Schullandschaft bereichert. Mit unseren Ganztagschulen und den Angeboten für längeres gemeinsames Lernen stehen wir bundesweit an der Spitze einer Schulentwicklung, wie sie sich in ganz Europa bewährt hat.

Die Bildungspolitik der SPD zielt darauf ab, unsere Kinder auf die Anforderungen von morgen und übermorgen vorzubereiten und sie zu verantwortungsvollen Persönlichkeiten in einer solidarischen Gesellschaft zu erziehen.

Mit der großen Kitareform haben wir die Kindertagesstätten zu Bildungseinrichtungen weiterentwickelt und die vorschulische Sprachförderung verbessert. Unter großen finanziellen Kraftanstrengungen hat Berlin 1.800 neue Stellen für Erzieherinnen und Erzieher eingerichtet. Das steigert die Betreuungsqualität. Denn künftig betreuen mehr Erzieherinnen und Erzieher immer kleinere Gruppen von Kindern. Die SPD hat dafür gekämpft, dass Berlins Bildung gebührenfrei wird. Seit 2011 ist Realität: Die letzten drei Kitajahre sind komplett beitragsfrei. Das entlastet die Familien und fördert die Kinder von Anfang an. Die SPD steht dafür, dass Berlin auch künftig keine Studiengebühren erhebt.

Die SPD steht für Chancengleichheit im Bildungssystem. Im Berliner Schulsystem wollen wir die herkunftsbedingten Ungleichheiten abbauen. Durch das mit der Einführung der Integrierten Sekundarschule verbundene längere gemeinsame Lernen wird es mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem geben, weil die Sekundarschulen die Voraussetzung dafür bieten, alle jungen Menschen nach ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten optimal zu fördern. Durch moderne Schulen, die mit Kitas, Jugendämtern, Sportvereinen, Musikschulen oder Stadtteilinitiativen kooperieren, fördern wir die Integration im Kiez. Berlin ist schon jetzt Vorreiterin bei der Ganztagsbetreuung, alle Integrierten Sekundarschulen sind Ganztagschulen.

Die SPD plädiert für einen Berliner Schulfrieden: Mit dem zweigliedrigen Schulsystem aus Sekundarschulen und Gymnasien haben wir endlich eine Schulstruktur, in der alle Kinder besser gefördert werden und jeden Schulabschluss erreichen können. Daher werden wir in der kommenden Legislaturperiode keine neue Schulstrukturreform durchführen. Wir werden weiter in die Qualität der Bildungseinrichtungen investieren und wo nötig zusätzliche Lehrkräfte einstellen.

Gute Aus- und Weiterbildung ist die Grundlage für beruflichen Erfolg. Die SPD Berlin setzt sich für Verbesserung der beruflichen Bildung und Ausbildung ein. Ausbildung in Berlin muss zum Leuchtturm werden. Unsere Berufsschulen sollen im ganzen Land und bei den Betrieben einen exzellenten Ruf erhalten.

Kein junger Mensch soll ohne Ausbildung bleiben. Wir werden die Zahl der Schulabbrüche in den kommenden fünf Jahren halbieren. Gerade im Öffentlichen Dienst und bei den landeseigenen Betrieben werden wir mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Vorderstes Ziel ist es, die Zahl der Jugendlichen zu verringern, die in Warteschleifen auf eine Ausbildung vorbereitet werden. Hier wird auch die vollzeitschulische Ausbildung einen wichtigen Teil dazu beitragen müssen, dass alle Jugendlichen, die es wollen, eine abgeschlossene Ausbildung erhalten.

Wir setzen auf die duale Berufsausbildung. Sie ist ein wichtiges Instrument zur Sicherung des qualifizierten Nachwuchses. Die Kombination aus Theorie und Praxis in Berufsschule und Betrieb ermöglicht die volle Berufsfähigkeit. Jeder Jugendliche kann so das individuell höchstmögliche Qualifikationsniveau erreichen. Durch den Ausbau und die Stärkung der Verbundausbildung werden Betriebe unterstützt, sich zu Ausbildungsbetrieben weiterzuentwickeln.

Kinderfreundliche, Generationen übergreifende Familienpolitik:

Die SPD hat alles darangesetzt, Berlin zur Stadt für Kinder zu machen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Seit 2001 wurden knapp 16.000 neue Kindergarten- und Krippenplätze und viele Zentren für Familien zusätzlich geschaffen.

Zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung – gerade für Alleinerziehende – flexibilisieren wir die Öffnungszeiten von Krippen und Kindergärten und fordern von den Unternehmen mehr Ausbildungsangebote in Teilzeitform. Wo nötig werden wir sie gemeinsam mit den Kammern und der Arbeitsagentur dabei unterstützen. Die SPD will mehr Ganztagschulen für Berlin. Die Konjunkturprogramme und erhebliche finanzielle Anstrengungen zur Sanierung und Modernisierung von Berlins Schulen haben uns diesem Ziel bereits ein Stück näher gebracht.

Die SPD will Berlin als Stadt der Kinder und Familien weiterentwickeln: Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist uns ein zentrales Anliegen. Wir verbessern die gesellschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen weiterhin. Alleinerziehende sowie heterosexuelle und gleichgeschlechtliche Paare mit einem oder mehreren Kindern können sich unseres Engagements jederzeit sicher sein.

Wir wollen die Bedarfsprüfung in den Kitas abschaffen, damit alle Kinder die Möglichkeit ganztägiger Förderung erhalten. Kinder ab dem dritten Lebensjahr sollen bis 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz erhalten. Die öffentlichen Kitas sollen neben denen in freier Trägerschaft ihren festen Platz in unserer Kitalandschaft behalten. Damit wir genügend Kitaplätze in Berlin bereitstellen können, werden wir ein Anreizsystem zur Gründung von Kitas in kommunaler und freier Trägerschaft entwickeln und umsetzen.

Die SPD tritt dafür ein, dass Kinder möglichst frühzeitig den Zugang zu Bildungsangeboten finden. Daher werden wir intensiv für den Kitabesuch werben, dies in Zukunft auch mehrsprachig. Wir setzen auf kultursensible Werbung, um die Familien zu erreichen, die bisher ihre Kinder zu Hause betreuten. Besonders wichtig ist die Sprachförderung. Daher wird die SPD die Kitas unterstützen, um Sprachkompetenz zu stärken und damit Bildungschancen verbessern. Ist bei einem Kind Sprachförderbedarf festgestellt worden, soll zukünftig die bisher dreistündige Förderung am Tag auf fünf Stunden im Rahmen eines verpflichtenden Kitabesuchs ausgedehnt werden.

Wir richten spezielle Familienzentren an rund 200 Kitas ein, die koordinierte Beratung und Unterstützung für Familien anbieten. Besonders in sozialen Brennpunkten sehen wir hier einen erhöhten Bedarf. Parallel dazu bauen wir ein Familien-Informationsportal im Internet auf.

Die SPD setzt sich dafür ein, die Kinderbetreuung in Berlin flexibler zu gestalten. Durch den Ausbau von Kitas verbessern wir die Rahmenbedingungen für Alleinerziehende. Wir stellen sicher, dass viele Kitas in Berlin weiterhin Öffnungszeiten von bis zu zwölf Stunden anbieten können. Um den Betreuungsbedarf außerhalb der Kitaöffnungszeiten abdecken zu können, wollen wir vermehrt auf Angebote der ergänzenden Tagespflege setzen.

Besonders für junge, von Überforderung bedrohte Familien sollen die bestehenden frühen Hilfen ausgebaut und mit Familienbildungs- und Erholungsangeboten ergänzt werden. Außerdem sichern wir niedrigschwellige Beratungsstellen und erfolgreiche Projekte in diesem Bereich. Die Hotline Kinderschutz soll mehrsprachig erweitert werden.

Arbeit statt Arbeitslosigkeit und Lohndumping:

Die SPD will in Berlin Beschäftigung für alle. Wir werden uns nicht damit abfinden, dass Menschen ohne Arbeitsplatz bleiben. Wir kämpfen zusammen mit den Gewerkschaften weiter dafür, dass alle Berlinerinnen und Berliner eine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt erhalten.

Die SPD hat seit 2001 den Strukturwandel der Wirtschaft gefördert und mit klaren Schwerpunktsetzungen neue Impulse geschaffen. Allein seit 2006 sind in Berlin über 100.000 neue Arbeitsplätze entstanden. Das Wirtschaftswachstum war in den letzten Jahren überdurchschnittlich. Wir wollen in den kommenden Jahren diesen Erfolgskurs fortsetzen.

Arbeit ist für uns immer gute Arbeit. Gute Arbeit bedeutet gerechte und existenzsichernde Löhne, starke Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechte, gesunde und faire Arbeitsbedingungen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit von Frauen und Männern, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie sichere Aufstiegsperspektiven. Gerade auch für Frauen schaffen wir dadurch Bedingungen, die ihnen reale Gleichstellungschancen eröffnen und ökonomische und soziale Eigenständigkeit ermöglichen. In der kommenden Legislaturperiode werden wir die Stärkung der Wirtschaft und die Schaffung von guten Arbeitsplätzen weiterhin zum Schwerpunkt unserer Politik machen. Aktive Arbeitsmarktpolitik sorgt für Teilhabe am Aufschwung.

Die SPD Berlin steht für eine enge Verzahnung von Arbeitsmarkt-, Struktur- und Bildungspolitik. Wir wollen allen Menschen eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt ermöglichen. Qualifizierung und Arbeitsmarktpolitik müssen Chancen erhöhen und Arbeitslosen eine Brücke zum Arbeitsmarkt bauen. Wir setzen alles daran, dass wieder mehr Menschen Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten und sie am Aufschwung Berlins teilhaben. Dafür stellt die Berliner SPD die Arbeitsmarktpolitik in den kommenden Jahren neu auf. Wir planen eine große Reform der Jobcenter, denn sie arbeiten dann erfolgreich, wenn sie bürgernah, effizient und unbürokratisch sind. Die Jobcenter in Berlin sollen dezentraler arbeiten, kleiner werden und näher am Menschen sein. Sinnvolle öffentliche Beschäftigung ist nötig, um Wege in Beschäftigung zu eröffnen. Auch künftig wird der zweite Arbeitsmarkt eine feste Säule der Qualifizierungspolitik sein. Gemeinwohlorientierte Arbeit bauen wir weiter aus. Denn wir wollen sie zielgenauer ausrichten und den Anteil an Qualifizierung erhöhen, damit die aktive Arbeitsmarktpolitik Brücken zum ersten Arbeitsmarkt baut. Wir wollen neue Modelle der Arbeitsmarktintegration entwickeln.

Unser Ziel sind Arbeitsmarktprojekte, die an bestehenden Einrichtungen ansetzen, Kontakt zum ersten Arbeitsmarkt herstellen und qualifizieren. Gleichzeitig werden wir die landeseigenen Betriebe stärker in die aktive Arbeitsmarktpolitik einbinden. Die SPD Berlin setzt sich für die Gründung von Dienstleistungsagenturen ein. So entstehen Arbeitsplätze für wohnortnahe und personenbezogene Dienstleistungen.

Wir wollen mehr Transparenz über besetzbare Stellen und ihre Qualifikationsniveaus auf dem Berliner Arbeitsmarkt schaffen. Dadurch erkennen wir, ob gut qualifizierte Arbeitskräfte ein höheres Qualifikationsniveau belegen können. So werden Arbeitsplätze frei, die von bisher Arbeitslosen nach Einarbeitung oder Qualifizierung belegt werden.

Wir wollen Lohndumping und Ausbeutung vermeiden und soziale Sicherheit gewährleisten und setzen uns daher für einen gesetzlichen Mindestlohn, gute Beratung insbesondere von entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und eine effektive Kontrolle der Arbeitsbedingungen und der Sozialversicherung ein.

Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in den stationären Pflegeeinrichtungen der Stadt:

Berlinerinnen und Berliner sollen auf eine qualitativ hochwertige daseinsorientierte Infrastruktur, Versorgung und Betreuung vertrauen können. Vor allem Kranke, Ältere, Pflegebedürftige oder Menschen mit Behinderung brauchen eine bedarfsgerechte Versorgung vor Ort. Die SPD unterstützt das Berliner Modell sehr, bei dem angestellte oder durch Kooperationsverträge verpflichtete niedergelassene Ärzte die Versorgung in stationären Pflegeeinrichtungen übernehmen. Wir werden uns für eine Fortsetzung und Verbreiterung des Modells einsetzen.

Ausbau der Berliner Stützpunkte zu Koordinierungsstellen i.S. § 92 c SGB XI:

Die noch im Aufbau befindlichen Berliner Pflegestützpunkte leisten erfolgreiche Arbeit. Die SPD will die Zahl der Pflegestützpunkte auf insgesamt 36 erhöhen und darauf hinwirken, dass in allen Stützpunkten eine qualitativ hochwertige, am Aufgabenspektrum des § 92 c SGB XI orientierte integrierte Pflegeberatung angeboten wird.

Stärkung und Weiterentwicklung des Ehrenamtes:

Die SPD Berlin will bürgerschaftliches Engagement noch stärker fördern. Wir halten am Erfolgsmodell Ehrenamtskarte fest und wollen diese weiter ausbauen. Dafür werden wir öffentlich werben. Neben einem Schwerpunkt bei Jugendlichen wollen wir alle Generationen in ihrem Engagement in all ihren für die Gesellschaft wichtigen Arbeitsfeldern würdigen und unterstützen.

Ehrenamtliche Tätigkeit soll künftig auch bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen beim Land Berlin Berücksichtigung finden. Die Einführung von Einsatzstellen für das freiwillige soziale Jahr (FSJ) an Schulen und die Zusammenarbeit mit Jugendfreiwilligendiensten, die unbürokratische Unterstützung der Jugendlichen, z. B. durch Fahrtkostenreduzierung und Gebührenbefreiung, sind wichtige Elemente, um frühzeitig einen Sinn für bürgerschaftliches Engagement zu wecken. Dazu gehört auch die Umsetzung des vom Land Berlin und dem Landesjugendring beschlossenen Abkommens für die Jugend. Wir möchten dabei auch und gerade das Engagement der Ehrenamtlichen in den Freiwilligen Feuerwehren würdigen, welche einen wichtigen Beitrag zur Gefahrenabwehr leisten.

Sicherstellung einer ausreichenden Zahl von Fachkräften in der Altenpflege für Berlin:

Um ein qualitativ hochwertiges Angebot sicherzustellen, bedarf es gut ausgebildeter Fachkräfte zur Betreuung, Beratung und Pflege von Jung und Alt. Daher werden wir uns dafür einsetzen, die Ausbildung und Weiterbildung sowie die Arbeits- und Beschäftigungssituation derjenigen, die professionell Dienst am Menschen leisten, zu verbessern. Im Pflegebereich, in der Geriatrie und in der Palliativversorgung brauchen die Einrichtungen angesichts des demografischen Wandels mehr Personal. Wir werden uns für einen Lehrstuhl im Bereich der Gerontologie/Geriatrie einsetzen.

Wir müssen uns vermehrt um Fachkräfte im Pflegebereich bemühen und das Berufsbild durch geeignete Maßnahmen auch verstärkt für Männer attraktiv gestalten. Vor allem wollen wir die Berufsverweildauer durch angemessene Arbeitsbedingungen erhöhen und das Potenzial an Nachwuchskräften mit Migrationshintergrund besser nutzen. Die Beschäftigten im Gesundheitswesen müssen faire und auskömmliche Löhne erhalten, und die Millionen ehrenamtlich Engagierter brauchen Rahmenbedingungen, die das Engagement würdigen und befördern.

Sicherung der wohnortnahen ambulanten ärztlichen Versorgung überall in Berlin:

Es gilt, den Anforderungen der älter werdenden Gesellschaft gerecht zu werden. Dafür müssen wir den Ausbau der wohnortnahen ärztlichen Versorgung vorantreiben. Die SPD tritt für eine kleinteiligere Bedarfsplanung in Berlin ein. Dazu müssen jedoch erst die bundesrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. In den Verhandlungen mit der Bundesregierung über das in Aussicht gestellte Versorgungsgesetz werden wir das Interesse der Berlinerinnen und Berliner an wohnortnaher ärztlicher Versorgung deutlich vertreten.

Die SPD will darüber hinaus den Patientenschutz ausbauen. Wir werden die Kompetenzen der Patientenbeauftragten erhöhen und die Vorschläge der Beratungsstellen sowie Patientenförsprecherinnen und Patientenförsprecher umsetzen, um das Berliner Gesundheitswesen patientenfreundlicher zu gestalten.